



## Presse – Ausschnitt FLZ - Dinkelsbühl - Feuchtwangen vom 10.10.2019

# Umfahrung in Burk steht in Frage

Staatliches Bauamt kann derzeit keinen Planfeststellungsbeschluss erlassen

BURK (kie) – Derzeit ist es nicht möglich, einen Planfeststellungsbeschluss für den Bau der Ortsumfahrung von Burk zu erlassen. Damit ist auch die Realisierung der Umgehung in Frage gestellt. Dies ist einem Schreiben von Heinrich Schmidt, Leiter des Staatlichen Bauamts Ansbach, zu entnehmen, das nach der jüngsten Ratssitzung in Burk nun auch der FLZ vorlag.

Das Schreiben ging bereits Anfang Juli an die Anwaltskanzlei, die neun Grundstückseigentümer vertritt. Schmidt führt darin aus, dass das Staatliche Bauamt, wie auch die

Gemeinde Burk, das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren beantragt habe, „um die Eingriffe der Ortsumfahrungstrasse in die Privatgrundstücke auszugleichen“. Da ausreichend Grundstücke in öffentlicher Hand zur Verfügung stünden, sei es möglich für alle Eigentümer, die dies wünschten, den Flächenverlust durch die geplante Straßenbaumaßnahme wertgleich auszu-

gleichen. Für die Betroffenen entstünden keine Kosten und kein „Landabzug“.

Auch und gerade deswegen bedauere das Staatliche Bauamt, dass die neun Grundstückseigentümer „keine Bereitschaft zu Gesprächen zeigen“. Weiter heißt es: „Das ist umso schmerzhafter, weil der Bau vom Gemeinderat einstimmig und nahezu von einer Dreiviertelmehr-

heit der Einwohner des Ortes gefordert wird.“ Wie seinerzeit berichtet, gab es 2014 einen Bürgerentscheid. Wobei 73,8 Prozent der Wahlberechtigten für die Möglichkeit votierten, die Umgehungsstraße durch den Flinsbachgrund zu bauen.

Das Bauamt bitte den Anwalt, auf seine Mandanten einzuwirken, damit Gespräche zustande kämen und „wir damit die Möglichkeit bekom-

men, die Infrastruktur im Hesselbergraum entscheidend und nachhaltig zu verbessern“. Wenn sich „in absehbarer Zeit keine Gesprächsbereitschaft“ ergebe, werde die Behörde „die Planungen für die Ortsumfahrung von Burk und den Ausbau am Wachsenberg ruhen lassen“, teilt Schmidt mit.

„Damit können wir nicht zufrieden sein“, betonte Bürgermeister Otto Beck. Er kündigte an, die Rathauschefs der umliegenden Kommunen mit ins Boot holen zu wollen und einen Termin mit dem Staatlichen Bauamt zu vereinbaren, um eine Lösung zu finden.